

Jochen Lobah

# Zwischen Fragmentierung und Desintegration – die arabische Welt auf der Suche nach einer Ordnungsmacht

Mit dem Militärputsch in Ägypten im Juli 2013 fand die historische Zäsur der arabischen Umbrüche aus dem Jahr 2011 ein abruptes Ende. Der vom Militär herbeigeführte Machtwechsel markiert eine Konterrevolution, deren Folgen für die gesamte Ordnung in der Region noch immer spürbar sind. Die autokratischen Golfmonarchien Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate begrüßten die neuerliche Machtübernahme der Armee als überfällige Wiederherstellung eines starken Ägyptens, das seinen Nimbus als arabische Führungsmacht allerdings schon lange eingebüßt hatte. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hielten fortan den ägyptischen Staat mit milliardenschweren Sofortkrediten am Leben, einerseits um die soziale Kohäsion im bevölkerungsreichsten Land der arabischen Welt sicherzustellen, andererseits um die Handlungssouveränität des Militärs und Staatsapparates wiederherzustellen. Der Tag steht darüber hinaus für einen drastischen Wendepunkt im Verhältnis der neuen Führungsmächte der arabischen Welt zu den partizipativen Strömungen des politischen Islam in der Region, vor allem zur Muslimbruderschaft und Parteien mit dezidiert islamischem Referenzrahmen. Mit dem schiitischen Revolutionsmodell Iran hat der politische Islam der sunnitischen Muslimbrüder einen starken, wenn auch nicht-arabischen Verbündeten in der Region, der zudem mit einer aggressiven Anti-Israel- und Anti-US-Rhetorik hohe Sympathiewerte auf der arabischen Straße genießt. Das daraus resultierende Spannungsfeld zwischen den sunnitischen Herrschern in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie ihrem schiitischen und nicht-arabischen Gegenspieler, der islamischen Republik Iran auf der anderen Seite des Persischen Golfs, dämpft weiterhin die Hoffnung auf eine friedliche und integrative Entwicklung der Region.

Schlagwörter:

Arabische Welt - Hegemonie - Desintegration - Iran - Saudi-Arabien - Marokko - Jemen - Golfstaaten - deep state

# Zwischen Fragmentierung und Desintegration – die arabische Welt auf der Suche nach einer Ordnungsmacht

|| Jochen Lobah

Jede Revolution verschärft die Übelstände,  
gegen die sie ausbricht

*Nicolas Gómez Dávila*

## Blutige Schatten des Aufruhrs

Zu den auffälligsten Merkmalen der jüngsten Entwicklung in Nordafrika und dem Nahen Osten im Nachgang der Aufstände des Jahres 2011 gehört die Tatsache, dass alle arabischen Monarchien die historische Zäsur in der Region nahezu unbeschadet überstanden haben. Die „Herrschaftselite“ der sogenannten „Republiken“ mit ihren nationalistischen Modernisierungs- und Integrationsverheißungen aus post-kolonialer Zeit wurde durch die aufständische Bevölkerung fast überall entmachtet. Allerdings traten Staaten wie Libyen, Ägypten und der Jemen aufgrund eines nicht schließbaren Machtvakuum, das der zerschlagene oder zumindest geschwächte *deep state* hinterlassen hatte sowie aufgrund fragmentierter und wenig moderner Sozialstrukturen unmittelbar in eine chronische Phase der politischen Desintegration ein, die selbst in Tunesien, dem Ausgangspunkt des „arabischen Frühlings“, keine soziale und ökonomische Dividende einbrachte. Tiefpunkte dieser Entwicklung sind die blutigen Auseinandersetzungen in Syrien, im Jemen und in Libyen, deren Auswirkungen zu über einer halben Million Todesopfern und nahezu insgesamt 7 Millionen Flüchtlingen geführt haben. Die Flüchtlingswelle sorgte in den Nachbarländern wie im Libanon, in Jordanien und in

der Türkei zu einem erheblichen Anstieg sozialer Spannungen. Das komplette Staatsversagen in Syrien, im Jemen und in Libyen hat zu einer weiteren Destabilisierung der gesamten Region beigetragen, insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden Einmischung externer Akteure in den Konfliktländern. In Libyen unterstützen mit Frankreich, Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten drei in ihrer politisch-kulturellen Entwicklung völlig unterschiedliche Akteure General Haftar, der dem in der Hauptstadt Tripolis sitzenden Ministerpräsidenten Fayiz as-Sarradsch der international anerkannten Übergangsregierung die Herrschaft streitig macht. Am Beispiel Libyens lässt sich das zentrale und zugleich äußerst komplexe Muster des Zerfalls arabischer Staaten gut erkennen, wonach wechselnde Markierungslinien entlang ethnischer, religiöser und kultureller Identitäten, die hier in erster Linie eine Schnittmenge mit Stammesidentitäten bilden, zu gewaltsamen Konflikten oder *fault line wars*<sup>1</sup> sowie zu einer fortschreitenden Auflösung staatlicher Integrität und sozialer Kohäsion geführt haben. Noch unübersichtlicher ist die Lage im Jemen, wo ein innenpolitischer Konflikt im Zuge der Entmachtung von Präsidenten Mansour Hadi im Frühjahr 2015 zum Unglück der Jemeniten schnell eine regionalpolitische Dimension

annahm. Die Entmachtung zaiditischer Imame nach knapp tausendjähriger Herrschaft im Jahr 1962 und die nachfolgende Gründung einer Demokratischen Volksrepublik Jemen, die sich von der Jemenitischen Arabischen Republik im Norden absetzte und in der eine marxistische Einheitspartei regierte, zeigt noch heute, wie negativ die Auswirkungen hegemonialer Einflussnahme durch politische Ideen des Westens sein können und wie sie die soziale, kulturelle aber auch wirtschaftliche Ordnung eines Landes von Grund auf und in irreversibler Weise zerstören. Der gegenwärtige

**Nicht nur durch überdimensionierte Bauwerke unterstreichen die Vereinigten Arabischen Emirate ihren Machtanspruch in der Region. Auch außen- und militärpolitisch ist das kleine, aber finanzstarke Emirat überall in der Region aktiv, vor allem als externe Ordnungsmacht im Jemen.**



Quelle: Jochen Lobah

ge Konflikt hat das Land erneut tief gespalten indem ausländische Mächte, wie die unter Führung Saudi-Arabiens agierende Militärkoalition, die zaiditischen Huthi-Rebellen am Zugriff zur Macht in Sanaa hindern und den im saudischen Exil lebenden ex-Präsidenten Mansour Hadi wieder als legitimen Herrscher Jemens einsetzen möchten. Die sich jahrhundertlang über Stammesloyalitäten und weniger über religiöse Unterschiede definierende jemenitische Gesellschaft sieht sich inzwischen jedoch auch einem zunehmend religiös konnotierten Konflikt gegenüber. In diesem

Zusammenhang spricht man bereits von einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Iran, der die Huthi-Rebellen unterstützen soll, und dessen regionalem Erzfeind Saudi-Arabien. Auch im Jemen-Konflikt übersteigen die Opferzahlen inzwischen die Zehntausendermarke. Eine Befriedung und Vermittlung durch westliche Mächte ist aufgrund der komplexen Gesellschaftsstrukturen im Jemen ausgeschlossen. Da das Land strategisch inzwischen vollständig ins Spannungsfeld zwischen Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und deren Rivalen Iran geraten ist, wäre eine Beilegung des Konflikts nur durch ein Zusammenkommen beider Regionalmächte sowie der zaiditischen Huthi-Rebellen und Vertretern der restlichen Bevölkerungsgruppen und Stämme zu erreichen. Nutznießer dieses wie auch in Libyen rhizomatisch<sup>2</sup> verlaufenden Konflikts sind Terrorgruppen wie Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) sowie andere nicht-quietistische Gruppierungen des Salafismus, die noch immer Gegenden um die wichtigste Hafenstadt Mukalla und Teile des Gouvernements Hadramaut kontrollieren. Beide revolutionären Gruppierungen des sunnitischen Islam stehen

ebenfalls in einem bewaffneten Konflikt mit den Huthi-Rebellen und sind sicherheitspolitisch eine große Herausforderung für die gesamte arabische Halbinsel.

Das dramatischste Ausmaß aller Konflikte im Zuge der Umbrüche in der arabischen Welt hat zweifellos der Bürgerkrieg in Syrien angenommen. Seit der Eskalation in der Stadt Dar'a im März 2011 durch den Zusammenstoß von Demonstranten mit der Polizei und Todesopfern auf beiden Seiten zerfiel das Land rasch in unterschiedliche Interessengruppierungen, die nicht länger gewillt waren, sich dem seit 1963 regierenden Baath-Regime unter Führung der alewitischen Assad-Familie unterzuordnen. Schnell bildete sich die Freie Syrische Armee heraus, die sich fortan bewaffnete Auseinandersetzungen mit der regulären Armee von Präsident Baschar al-Assad lieferte. Den Höhepunkt ihrer Truppenstärke erreichten die Aufständischen im Jahr 2013 mit etwa 50.000 bewaffneten Kämpfern. Allerdings spalteten sich schnell radikalislamistische Ableger unter der sunnitischen Bevölkerung ab, darunter extreme und Al-Qaida nahestehende Gruppierungen, die im Norden Syriens agierten. Da das Regime fortan an allen Fronten gebunden war und sich schnell ein fortschreitender Staatszerfall im ganzen Land außerhalb von Damaskus bemerkbar machte, gelang der kampferprobten Terrormiliz „Islamischer Staat im Irak“, die sich im Zuge des gewaltsamen Widerstands gegen die amerikanische Besatzung seit knapp einem Jahrzehnt konsolidiert und schwer bewaffnet hatte, mehr und mehr von Südosten über die irakische Grenze kommend ihren Einflussbereich Richtung Nordwesten Syriens auszudehnen. Sie machte sich nicht nur die Demütigung der regimekritischen Bewohner durch das brutale Vorgehen der regulären syrischen Armee zunutze, sondern sah zudem die Chance, durch die Anwerbung ausländischer Dschihadisten Syrien zum Showdown eines „echten“ islamischen Staates zu machen. Der seit dem Jahr 2010 der Terrororganisation vorstehende Abu Bakr Al Baghdadi erklärte im Fortgang des Konfliktes in Syrien im Jahr 2013 alle Al-Qaida-Splittergruppen zu Unterorganisationen

der nunmehr neuen Organisation „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ (ISIL). Durch den schnellen Zulauf junger sunnitischer Muslime aus Syrien und aus der Region, vor allem Saudi-Arabien, Tunesien sowie Marokko konnte ISIL als Terrororganisation zwischenzeitlich enorme Gebietsgewinne im Osten und Südosten Syriens verzeichnen. Mit der Ausrufung des „Islamischen Staates“ im Sommer 2014 verkündete Al Baghdadi die Errichtung eines Kalifats, das allen Muslimen der Welt offenstehe. Das Datum markiert den Beginn einer beispiellosen Welle der Gewalt und eines zwischenzeitlich bloß noch auf dem Papier existierenden Syriens. Wie in den Konflikten in Libyen und im Jemen rief die Eskalation in Syrien zahlreiche externe Akteure auf den Plan, um in erster Linie den „Islamischen Staat“ zu bekämpfen, der zu einer Bedrohung für die gesamte Region geworden war. Die Kampfhandlungen aus der Luft wurden dabei erneut von einer militärisch äußerst ambivalenten Allianz übernommen, die aus den USA, Russland, der Türkei, Frankreich, Jordanien, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestand. Am Boden sorgten Kämpfer der kurdischen Stammesgebiete im Nordosten Syriens und vom Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden Qasem Soleimani mobilisierte Kämpfer schiitischer Milizen für ein bewaffnetes Vorgehen gegen den IS. Letzterer hatte nicht nur Christen und Jesiden im Visier, sondern tötete auch zahlreiche schiitische Muslime, die in dessen Propagandahetorik als Verräter und Pseudo-Muslime des Abfalls vom Glauben (*irtidad*) bezichtigt wurden. Dem Chaos in Syrien ging allerdings eine Kettenreaktion strategischer Fehler seitens externer Akteure voraus. Sunnitische Kernländer wie Saudi-Arabien und andere Golfstaaten sowie die Türkei unterstützten zu Beginn der Aufstände, in der Hoffnung auf einen baldigen Sturz des alawitischen Assad-Regimes, militante Gruppierungen unterschiedlicher Couleurs. Die USA unterstützten die Freie Syrische Armee mit Waffen und militärischer Beratung. Der außenpolitische Zynismus internationaler Akteure und ihre gewaltfördernde Strategie, durch die Bewaffnung zahlreicher Widerstandsgruppierungen einen schnellen Re-

gimewechsel herbeizuführen, ist dem syrischen Volk aus heutiger Sicht zum Verhängnis geworden. Zwar konnte die Terrormiliz IS, mit deren Auftauchen zu Beginn der Auseinandersetzungen niemand gerechnet hatte, besiegt werden, doch letztlich fielen dem Gesamtkonflikt knapp eine halbe Million Menschen zum Opfer. Auch gegenwärtig ist noch kein Ende des Konflikts in Sichtweite.

### **Kampf um das Vakuum**

Die Bereitschaft, Konflikte gewaltsam auszutragen ist keine Seltenheit im Nahen Osten, eine Region, die zu Beginn des letzten Jahrhunderts von westlichen Hegemonialmächten auf dem Papier und nach Maßgabe ihres exklusiven politischen Willens entworfen wurde. Moderne weltanschauliche Ideen des Westens, vor allem Chauvinismus, Nationalismus, atheistischer Sozialismus und Ethnozentrismus sind der politischen Nomenklatur des Islam, der die Region mehr als eintausendvierhundert Jahre lang geprägt hat, im Wesentlichen fremd. Elitäre und im Westen ausgebildete Minderheiten hofften darauf, säkulare Systeme nach dem Vorbild okzidentaler Nationalstaaten implementieren zu können, um die Gesellschaft vor allem mit christlichen Minderheiten und heterodoxen Splittergruppen wie Aleviten und Drusen zu einer kohäsiven Gemeinschaft umzuformen. Das gelang in allen Staaten mit dem Attribut Republik in der Region allerdings lediglich mit eiserner Hand und dank eines erbarmungslos repressiven Machtapparates einer Minderheit, die der Mehrheit durch Polizei, Geheimdienst und Militär ihren Willen aufzwang. Es bleibt anzunehmen, dass gerade in diesen künstlichen, am kulturellen und ethnischen Kontext völlig vorbeiregierenden Staaten die historisch aufgestaute Demütigung am stärksten in Gewalt umschlug. Die Eskalationen in Syrien, im Irak, im Jemen und in Libyen bestärken zweifelsohne diese These. So hatte beispielsweise auch die USA bei der Entmachtung Saddam Husseins im Zuge des Irakkriegs oder dritten Golfkriegs im Jahr 2003 offenbar nicht berücksichtigt, dass über 60 Prozent der Bewohner des Iraks Schiiten waren und dass das

Land mit der islamischen Republik Iran seit 1979 über einen theokratischen Nachbarn verfügt, dessen politische Eliten ihre Herrschaftslegitimität explizit von einer schiitischen Tradition herleiten, die im Zuge politischer Ideen der Moderne zu einem totalitären Herrschaftsmodell umgedeutet und eschatologisch aufgeladen wurde. Insbesondere mit Blick auf die jahrzehntelange Demütigung der Schiiten durch die Herrschaft des Sunniten Saddam Hussein führte das Ende seiner Macht konsequenterweise zu einer Neubestimmung schiitischer Identität und schiitischen Herrschaftsanspruchs im Irak. Im Gegenzug formierten sich marginalisierte Sunniten im sogenannten sunnitischen Dreieck nordwestlich von Bagdad zum Widerstand gegen schiitische Racheakte und drohende Unterdrückung. Sie bildeten einst die sunnitische Herrschaftselite im Militär sowie in der säkular ausgerichteten Baath-Partei Saddam Husseins den für die arabischen Republiken so typischen *deep state*, der Macht und Kapital gleichermaßen effektiv bündelt. Teile von ihnen fanden sich später im sunnitischen und radikalislamischen Widerstand zusammen, vor allem bei Al-Qaida im Irak, deren Großteil sich später ISIS in Syrien anschließen sollte. Der sunnitische Widerstand wurde 2004 während der blutigsten Schlacht zwischen US-amerikanischen Truppen und Aufständischen im Irak in Falludscha vorerst gebrochen. Allerdings verschob er sich im weiteren Verlauf lediglich geographisch und zielte ideologisch nach dem geordneten Rückzug des amerikanischen Militärs in die „Grüne Zone“ von Bagdad vermehrt auf die schiitische Mehrheit im Irak ab. Von den aufständischen Sunniten wurde er damit bewusst zu einem rein innergesellschaftlichen und innerkonfessionellen Konflikt im Irak ausgeweitet.

Die äußerst schwach ausgeprägten Staatsstrukturen im Irak und die unübersichtliche politische Konstellation zwischen Schiiten, Sunniten und in ethnischer Hinsicht auch der Kurden im Norden des Landes sowie eine weiterhin stark ausgeprägte Affinität zur Gewalt, vor allem seitens sunnitischer Terrorgruppen, waren allesamt Faktoren, die sich

mit rasanter Geschwindigkeit unmittelbar auf den Syrien-Krieg auswirkten und dort rasch zu einer Destabilisierung mit Domino-Effekt führten. Der schnelle Rückzug und die Konsolidierung der syrischen Armee auf die Hauptstadt Damaskus hatten zur Folge, dass zahlreiche Dschihadisten aus dem Irak die Grenze nach Syrien überquerten und zusammen mit zahlreichen anderen Aufständischen in den Kampf gegen das ebenfalls säkular ausgerichtete Baath-Regime von Staatschef Baschar al Assad zogen. Für militante Sunniten vereint al Assad ein doppeltes Feindbild: Zum einen gehört er den Alawiten an, einer religiösen Minderheit der Schiiten, die nur etwa zwölf Prozent der Einwohner Syriens ausmacht, zum anderen hat sein Vater, Hafiz al Assad, als Staatschef im Zuge des Massakers von Hama im Jahr 1982 mindestens 20.000 Menschen töten lassen, um das dortige Zentrum der syrischen Muslimbruderschaft zu schwächen. Der syrische Bürgerkrieg war damit von Anfang an nichts anderes als ein Überlebenskampf für den *deep state* des Assad-Regimes, das sich durch seine säkulare Ausrichtung zwar immer schützend auch vor konfessionelle Minderheiten, wie die etwa zehn Prozent syrischen Christen im Land, gestellt hatte, allerdings auch um den Preis der totalen Repression und Mundtotmachung politischer Gegner mit allen Mitteln.

Das größte Interesse an einem Machterhalt Assads in Syrien hatten von Beginn an die religiösen Herrschaftseliten (*welayat e-faqih*) im Iran, denn mit der Invasion israelischer Truppen in den Libanon im Jahr 1982 wurde durch iranische Revolutionsgarden im Süden des Landes die Hisbollah gegründet. Sie kämpfte in den Folgejahren gegen die israelische Besatzung des Südlibanon und Beirut, bevor sie sich in den neunziger Jahren als feste politische Kraft im Libanon etablierte. Inzwischen kann man die Hisbollah im Libanon gleichermaßen als hervorragend funktionierenden *deep state* bezeichnen, der sich als militärisches und ideologisches Gegengewicht zu Israel sieht. Die Hisbollah ist nicht erst seit dem Waffenstillstandsabkommen mit Israel im Zuge des „zweiten Libanonkriegs“ im Jahr

2006 auch auf der arabischen Straße und nicht nur unter Schiiten populär. Ihr organisierter Widerstand gegen Israel hat ihr den Ruf eingebracht, für die palästinensische Sache zu stehen und gegen die imperialistische Unterdrückung der Palästinenser durch Israel und die USA mit Strategie und Weitblick aufzubegehren. In diesem Zusammenhang war der Syrienkrieg von Beginn an auch eine strategische Herausforderung der iranischen Revolutionsgarden und der islamischen Republik Iran, die inzwischen, neben der Widerstandsorganisation Hamas im palästinensischen Gaza-Streifen, den Widerstand gegen Israel im Nahen Osten für sich allein beansprucht.

Daher hat der kriegserfahrene Chef der iranischen Al Quds-Brigaden, die schwierige und geheime Einsätze im Ausland durchführt, Qasem Soleimani, von Beginn an mit Teheran und dem für die Hisbollah lebenswichtigen Assad-Regime mögliche Strategien zu dessen Fortbestehen ausgearbeitet. Für die iranische Revolutionsrepublik und die Mullahs um Ali Chamenei in Teheran ist ein schiitischer Verbündeter wie der Alawite Assad in Damaskus strategisch von lebenswichtiger Bedeutung, da nur er als zuverlässiger Garant des Fortbestands der Achse Teheran, Bagdad, Damaskus und Beirut bzw. des südlibanesischen Hisbollah-Gebiets fungieren kann. Vom gegenwärtigen Machterhalt Assads profitieren daher vor allem die Hisbollah und der Iran. Sie sind auch die hartnäckigsten Widersacher der USA in der Region, die sich inzwischen aus dem Nahen Osten mehr und mehr zurückziehen. Die strategische Achse des Iran, die weit in das Kernland des arabischen Halbmondes hineinwirkt, wird von den reichen und sunnitischen Golfmonarchien wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten allerdings als politische Bedrohung wahrgenommen, insofern beide sunnitischen Ölmonarchien in dem islamischen Revolutionsmodell iranischer Spielart auch eine Bedrohung der eigenen Herrschaft sehen. Dies umso mehr, als ihre traditionelle Schutzmacht, die USA, nicht länger gewillt scheinen, sich militärisch langfristig in der Region zu engagieren.



Besonders brisant und ein weiteres Indiz für die sich fortsetzende Fragmentierung regionaler Machtgefüge ist die Isolation des Emirats Katar innerhalb des Golf-Kooperationsrates (GKR), angetrieben durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Anfang Juni 2017. Dabei wurden nicht nur die diplomatischen Beziehungen zu Katar abgebrochen, sondern auch die einzige Festlandgrenze zu Saudi-Arabien für katarische Staatsbürger geschlossen. Zugleich entzog man der katarischen Fluggesellschaft die Überflugrechte für die arabische Halbinsel.

Der interne Konflikt unter den sunnitischen Golfmonarchien ist somit ebenfalls das Resultat der fortschreitenden Desintegration der Region im Nachgang der Umwälzungen des Jahres 2011 und des sich abzeichnenden Spannungsverhältnisses zwischen dem politischen Islam der Muslimbrüder, die durch Wahlen und demokratische Entscheidungspro-

zesse die Herrschaftslegitimität anstreben und daher Demokratiebewegungen und Partizipation dem ersten Anschein nach positiv gegenüber stehen, sowie der alteingesessenen autokratischen Herrschaftsmodelle islamisch-arabischer Kalifatstradition und Stammesloyalitäten. In ihrem Bestreben nach Herrschaftskontinuität unterstützen vor allem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auch Militärregime wie in Ägypten, da sie sich von autokratischen Regierungen in der Region eine dezidierte Repression gegenüber dem politischen Islam der Muslimbruderschaft versprechen. Auslöser für die Isolation Katars waren dann auch dessen enge Handelsbeziehungen zum Iran sowie dessen Unterstützung von offiziell terroristischen Vereinigungen wie der palästinensischen Hamas und vor allem der Muslimbruderschaft, die von zahlreichen Staaten unter Federführung der USA als solche eingestuft werden. Dabei spielte auch der in Katar ansässige und international renommierte Nachrichtensender Al Jazeera eine für Saudi-Arabien und die VAE negative Rolle, indem man ihm einseitige Berichterstattung vorwarf und ihn zudem der Parteinahme für die Muslimbruderschaft, für den politisch-partizipativen Islam und für terroristische Vereinigungen bezichtigte.



Quelle: Jochen Lobah

**Nur noch die arabischen Monarchien verfügen derzeit über stabile staatliche Strukturen und funktionstüchtige Institutionen.**

**Die Vereinigten Arabischen Emirate werben mit Wohlstand und Prosperität, auch für Fremde, die mehr als 80 Prozent ihrer Einwohner ausmachen.**

**Ihr charismatisches Staatsoberhaupt Mohamed Bin Zayed Al Nahyan hat indessen mit dem saudischen Kronprinzen Mohamed Bin Salman ein eigenes Entwicklungsmodell für die Region entworfen. Ihre Hauptgegner sind politische Parteien und soziale Bewegungen mit islamischen Referenzrahmen wie die Muslimbruderschaft, aber auch der mächtige und in ihren Augen unberechenbare Nachbar Iran.**

In Katar haben zahlreiche Mitglieder der ägyptischen Muslimbruderschaft, insbesondere nach dem Putsch des ägyptischen Militärs im Jahr 2013, Zuflucht gesucht, zudem unterhält das Land ein Verbindungsbüro für die Taliban in der Hauptstadt Doha. Insofern betrachten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Katar wahrscheinlich bereits seit 2011 als regionales Sicherheitsrisiko, obgleich das kleine Emirat nach innen nicht viel anders geführt wird als die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Die Spaltung des Golf-Kooperationsrates und die aggressive Außenpolitik Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate sind auch ein Resultat der zumindest in ihren Augen dezidiert pro-iranischen Politik der Obama-Administration und des Atom-Abkommens im Rahmen der 5+1 Verhandlungen, die dem Iran eine zivile Nutzung von Nuklearenergie zugestand und die westlichen Sanktionen im Sommer 2015 außer Kraft gesetzt hatten. US-Präsident Trump kündigte allerdings das Abkommen auf und verhängte im Jahr 2018 erneut US-Sanktionen gegen den Iran. Die Golfstaaten, allen voran, Saudi-Arabien, werteten die Haltung der Obama-Administration zuvor als Abkehr der USA von ihrer historisch gewachsenen Rolle einer Schutzmacht der arabischen Halbinsel. Bereits kurz nach Ende des zweiten Golfkriegs 1991 bat die Herrscherfamilie der Sauds die USA um Stationierung von Truppen im eigenen Land, da man sich nach dem schnellen Einmarsch irakischer Soldaten in das Golfemirat Kuwait seiner eigenen prekären Sicherheitslage bewusst war. Die Stationierung von US-Truppen aus Sicherheitsgründen führte fortan zu einer starken Spaltung der islamischen Gelehrsamkeit im Land und wurde von der konservativen saudischen Bevölkerung mehrheitlich mit Empörung abgelehnt. Schon damals zeichnete sich die Gründung von *Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel* ab, die von dem damals international bekannten dschihadistischen Fundraiser Yusuf al Ayeri bis zu seiner Tötung durch saudische Sicherheitskräfte im Jahr 2004 strukturell und operationell entwickelt wurde.

## Opake Supermacht

So ist die arabische Welt neun Jahre nach den Aufständen des Jahres 2011 und einer historischen Zäsur eine zerklüftete und durch und durch fragmentierte Region. Fern von Konsolidierungsbestrebungen ist sie mit Ausnahme von Marokko, Jordanien und den Golfstaaten von durchweg schwacher Staatlichkeit geprägt. Internationale Organisationen wie die Arabische Liga sind funktionsuntüchtig und können kaum auf die Komplexität und Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse in der Region reagieren. Durch den Antagonismus der verbliebenen und noch halbwegs intakten politischen Regime in der Region ist derzeit keine regionale Integration erkennbar. Marokko im äußersten Westen der arabischen Welt ist eine Monarchie, die seit weit über tausend Jahren auf eine religiös begründete Herrschaftslegitimität zurückblickt und insbesondere von außen oktroyierten republikanischen Versuchungen erfolgreich widerstanden hat. Damit unterscheidet sich dieses Emirat der Gläubigen (*Imarat al Mu'minin*) geschichtlich fundamental von seinen Nachbarstaaten im Maghreb, Algerien, Mauretanien und Tunesien. Strategisch hat Marokko seine Süd-Süd-Kooperationsambitionen in den Mittelpunkt seiner Regional- und Kontinentalpolitik gerückt, da es wenig Vertrauen in die regionale Entwicklung seiner östlichen Anrainer hat. Gute Verbindungen bestehen zwar traditionell zu den Golfmonarchien, im Zuge der Isolationspolitik Katars durch Saudi-Arabien und die VAE sowie durch den Jemen-Krieg wurde aber auch dieses Verhältnis mehrfach getrübt, obgleich Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zahlreiche ambitionierte Infrastruktur- und erneuerbare Energieprojekte in Milliardenhöhe in Marokko finanzieren. Das Beispiel Marokkos zeigt, dass sich die regionalen Spannungen auch in abseitigen Regionen der arabischen Welt auswirken. So unterhält das Land zurzeit keine diplomatischen Beziehungen zum Iran. Grund ist die vermutete Unterstützung der pro-iranischen Hisbollah für die Unabhängigkeitsbewegung der West-Sahara, ein Territorium, für das Marokko ei-



nen Autonomiestatus vorsieht und das es als Südprovinz bezeichnet. Die ungeklärte Territorialfrage hat dazu geführt, dass auch die 1989 gegründete Union der Maghrebstaaten nur noch auf dem Papier existiert, insbesondere, weil das Verhältnis der beiden größten Staaten der Region, Marokko und Algerien, weiterhin sehr angespannt bleibt. Algerien behält seine protektionistische Linie bei, um den *Status quo* seiner militärischen Eliten und den Rest seines *deep state* zu sichern. Tunesien, als Wiege der arabischen Umbrüche, kann trotz verfassungsrechtlich, aber auch zivilgesellschaftlich vorbildlichem Demokratisierungsprozess noch keine Erfolge auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung erzielen, so dass auch hier die Frustration und Auswanderungswilligkeit junger Menschen weiterhin drastisch ansteigt. Zudem ist das kleine Land unmittelbarer Nachbar des von blutigen Machtkämpfen gezeichneten Libyens, was sicherheitspolitisch eine große Herausforderung für Tunesien darstellt.

Die ehemalige arabische Führungsmacht Ägypten hat aufgrund seiner schwach entwickelten Wirtschaftskraft und seiner innerhalb und außerhalb des Landes umstrittenen politischen Führung mit General Sisi seit 2011, und verstärkt durch den Putsch im Jahre 2013, seine Führungsrolle in der Region komplett eingebüßt. Die Wirtschaft des Landes und die aufgeblähte militärische Infra- und Sozial-

**Aufgrund der Isolation des finanzmächtigen Emirats Katar durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain hat auch die letzte funktionstüchtige supranationale Einheit in der Region, der Golf-Kooperationsrat, eine tiefe Spaltung erfahren. Den traditionellen Herrscherhäusern in Riad (Saudi-Arabien), Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) und Manama (Bahrain) ist die Unterstützung des politischen Islam seitens Doha (Katar) und dessen gute Beziehungen zur Türkei und zum Iran, wo gleichermaßen Formen des politischen Islam Herrschaftslegitimität genießen, nicht nur zutiefst suspekt, sondern wird vor allem als Bedrohung der eigenen Sicherheit angesehen.**

struktur werden überwiegend mit Geld aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert. Schon kurz nach den Ereignissen des Jahres 2013 hatten beide Länder der ägyptischen Militärführung insgesamt 9 Milliarden US-Dollar Soforthilfe zugesagt. Die Golfmonarchien belohnten die ägyptische Führung auch für ihr hartes Vorgehen gegen den politisch-partizipativen Islam der Muslimbrüder, der seinen Ursprung in der 1928 von Hassan El Banna gegründeten Organisation in Ägypten hat. Sie hatte bereits im Zuge des zweiten Golfkrieges die Invasion durch Saddam Husseins „panarabisch“ motivierte Truppen in Kuwait begrüßt, so dass die Organisation im Anschluss daran von den Herrschern der Golfstaaten als politischer Antagonist betrachtet wurde. Durch die innerjemenitischen Auseinandersetzungen und die direkte Intervention Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate hat sich die Konfliktlinie der arabischen Welt tief in die arabische Halbinsel eingepägt. Die Unterstützung der Huthi-Rebellen seitens des Iran sowie die Drohnenangriffe auf zentrale Standorte saudischer Ölproduktion in Abkaik im Osten des Landes im September 2019 können durchaus als direkte militärische Konfrontati-



Quelle: Furfur - Diese Datei wurde von diesem Werk abgeleitet: BlankMap-World6.svg. [https://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat#/media/Da\\_tei:Golf-Kooperationsrat.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat#/media/Da_tei:Golf-Kooperationsrat.svg)

on zwischen Saudi-Arabien und dem Iran betrachtet werden, auch wenn stets mit Blick auf den Konflikt im Jemen von einem saudisch-iranischen Stellvertreterkrieg gesprochen wird. Diese Bezeichnung greift freilich zu kurz, da der Ursprung ein innerjemenitischer war, der für die wohlhabenden und ambitionierten Mächte der Halbinsel, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, als sicherheitspolitisches Risiko betrachtet wurde. Darüber hinaus stehen wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, insbesondere durch die strategisch wichtige Lage des Jemen am Indischen Ozean. So ist eine der zentralen Herausforderungen der arabischen Welt künftig neben der anhaltenden Zerfall von Gesellschaften wie in Libyen und im Jemen vor allem der Mangel an regionaler Führungsstärke durch einen *Corestate*<sup>3</sup> oder an einer regionalen Führungsmacht, die sich um Ausgleich und Integration bemüht. Durch die zahlreichen externen Akteure, die sich im Zuge des syrischen Bürgerkriegs in der Region militärisch engagiert haben sowie die unterschiedlichen Allianzen im Rahmen der weiteren Auseinandersetzungen im Irak, Libyen und im Jemen bleibt die Region als Ganzes ebenso gespalten wie ihre Gesellschaftsgefüge. Mit Abstrichen bleiben als Stabilitätsfaktoren lediglich die finanzstarken Golfmonarchien übrig. Da die Konföderation der Vereinigten Arabischen Emirate insgesamt, trotz ihrer ambitionierten Bildungs-, Kultur- und Sportpolitik, zu klein sind, reduziert sich auch hier das Länderspektrum auf Saudi-Arabien, das sich schon länger versucht als, wenn auch opake und unberechenbare, Regionalmacht zu etablieren. Insbesondere nach der Änderung der Thronfolge im Sommer 2017 durch König Salman hat dessen erst 29-jähriger Sohn Mohammed Bin Salman, der bereits zuvor Verteidigungsminister war, teils drastische Maßnahmen ergriffen, um das als ultrakonservativ betrachtete Königreich zu modernisieren und dessen Ansehen zu stärken. Wesentlicher Aspekt hierbei ist die „Vision 2030“<sup>4</sup>, mit der der junge Kronprinz Saudi-Arabien zum globalen Hub für erneuerbare Energien aber auch für Tourismus machen möchte. So wurden Ende 2017 in einer beispiellosen Anti-

Korruptions-Welle zahlreiche ranghohe saudische Persönlichkeiten, wie der Medienmogul Walid Al-Brahim und der als gemäßigt geltende populäre Religionsgelehrte Salman al Aouda, vorübergehend verhaftet. Drastische fiskalpolitische Einschnitte sollten die Konsolidierung des Rechtsstaates sowie die intakten staatlichen Strukturen des Landes unterstreichen und zusammen mit einer weiteren beispiellosen Marginalisierungswelle gegenüber extremistischen und ultrakonservativen Religionsgelehrten eine langsame Wiederherstellung der insgesamt schlechten Reputation Saudi-Arabiens auf internationalem Parkett gewährleisten. Gleichzeitig hob Saudi-Arabien im Sommer 2018 das Fahrverbot für Frauen auf, um zu signalisieren, dass es dem Land mit seiner, wenn auch ultraautokratischen, Modernisierungskampagne „Vision 2030“ ernst sei. Erhebliche Risse bekam das Ansehen Saudi-Arabiens und Mohammed Bin Salmans durch die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Generalkonsulat Saudi-Arabiens in Istanbul im Oktober 2018. Der Journalist, der für die *Washington Post* schrieb, hat sich wiederholt kritisch zu den Entwicklungen in Saudi-Arabien, in Ägypten und zur Repression gegenüber der Muslimbruderschaft geäußert. Khashoggi selbst war Mitglied der Muslimbruderschaft. Das Verschwinden des Journalisten in einer staatlichen Repräsentanz des Landes wird unmittelbar mit Mohammed Bin Salman in Verbindung gebracht und hat dem Ansehen des Landes erneut schweren Schaden zugefügt. Größere Sanktionen seitens der internationalen Staatengemeinschaft blieben allerdings aus.

Die Herausbildung einer zuverlässigen Regionalmacht in der arabischen Welt wird auch in absehbarer Zeit eine große Herausforderung bleiben. Zwar bleibt Ägypten aufgrund des demographischen Faktors und des kulturellen Vektors nach wie vor ein wichtiges Kernland der arabischen Welt, doch fehlt dem Land durch seine polarisierende politische Führung und die schwachen Bildungs- und Beschäftigungsindikatoren die notwendige Stabilität und die erforderlichen Charaktereigenschaften eines *role models*, mit dem sich

die Staaten in der Region identifizieren könnten. Saudi-Arabien ist als Wiege des Islam mit seinen Pilgerorten Mekka und Medina jährlich Treffpunkt für Millionen Muslime aus der ganzen Welt, darüber hinaus zeigt es sich gegenüber seinen bedürftigen Nachbarn in der Region als großzügiges Geberland. Seine konservative Ausrichtung des Islam wahhabitisch-prägnant hat den internationalen Salafismus, aber auch den Dschihadismus nachhaltig beeinflusst, stößt aber bei nicht-salafistischen Muslimen in den Nachbarländern auf scharfe Ablehnung. Das hat Kronprinz Bin Salman schnell erkannt und durch Maßnahmen zur Verbreitung eines toleranten Islam auch im Innern des Landes reagiert. Zudem hat Saudi-Arabien auch auf der arabischen Straße weitere Sympathien eingebüßt, nachdem sich Bin Salman positiv im Hinblick auf ein Existenzrecht Israels geäußert hatte.<sup>5</sup> Darüber hinaus lässt sich schon jetzt festhalten, dass sich die aufstrebende Regionalmacht Saudi-Arabien in jeder Hinsicht als spaltendes Element in der Region erweist. Die Repressionen gegen den politisch-partizipativen Islam der Muslimbrüder gehen federführend von Saudi-Arabien, hier dezidiert von Bin Salman, und dem mächtigen Staatsoberhaupt der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Khalifa bin Zayed al Nahyan aus.<sup>6</sup> Die Auswirkungen dieser harten Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber islamischen Gruppierungen und Parteien mit politischem Anstrich sind bis in die gesellschaftspolitischen Gefüge im fernen Marokko zu spüren.

Ein weiteres zentrales Element der Spannung in der Region ist zudem die anhaltende Auseinandersetzung mit dem Iran und dessen militaristischer Expansionspolitik in arabische Kernländer wie Syrien und den Libanon hinein. Der überpolitisierte Islam schiitischer Prägung, der seit 1979 zum politischen Identitätssiegel des Iran geworden ist, wird von den Herrschern in Riad und Abu Dhabi als Verbündeter des politisch-partizipativen Islam der Muslimbruderschaft betrachtet und damit als revolutionäre Bedrohung für die Region angesehen. Nach dem Tod des militärischen Strategen Qasem Soleimani<sup>7</sup> Anfang des

Jahre 2020 durch eine US-Drohne häufen sich in jüngster Zeit auch die Opfer unter den verbliebenen US-Soldaten im Nordirak durch gezielte Vergeltungsangriffe militarisierter schiitischer Gruppierungen im Irak. Die anhaltende Gewalt im Norden Syriens, wo die Armee Assads, unterstützt durch die russische Luftwaffe und schiitische Milizen am Boden, weiterhin gegen sunnitische Rebellen und Dschihadisten vorgeht, sowie darüber hinaus in militärische Auseinandersetzungen mit dem NATO-Mitglied Türkei verwickelt ist, zeigen einmal mehr, wie komplex und zerfahren die aktuelle politische Entwicklung der arabischen Welt derzeit ist. Fest steht aber, dass das teils vorschnelle und vor allem militärische Agieren externer Akteure in der Region, die Desintegration der arabischen Welt weiter beschleunigt hat. Ungeachtet der politischen Interessen und des politischen Zynismus regionaler und internationaler Akteure sind Mäßigung und politische Weitsicht aller Beteiligten jetzt dringender denn je geboten. Allerdings ist kein arabisches Land derzeit in der Lage, größere und übergeordnete Interessen wie Frieden und Prosperität im Sinne einer positiven Entwicklung der Region im Namen der arabischen Staatengemeinschaft zu formulieren.

---

### || Dr. Jochen Lobah

Dr. Jochen Lobah war von 2014 bis 2019 Regionalbeauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung in Marokko und Mauretanien und arbeitete davor im Afrika-Referat in der Zentrale. Derzeit ist er Büroleiter der vom Kabarettisten Christian Springer im Jahre 2012 gegründeten Hilfsorganisation Orienthelfer e.V. in München.

---

### ANMERKUNGEN

- 1 Samuel Huntington (1997): *The clash of civilizations*, Simon & Schuster.
- 2 In einem Rhizom gibt es keine Punkte oder Positionen wie etwa in einer Struktur, einem Baum oder einer Wurzel. Es gibt nichts als Linien. Gilles Deleuze/Félix Guattari (1977): *Rhizom*. Berlin, S. 14.
- 3 Samuel Huntington (1997): *The clash of civilizations*, Simon & Schuster.

- 4 Vision 2030, Kingdom of Saudi Arabia. URL <https://vision2030.gov.sa/en> [30.8.2020]
- 5 The New York Times (2018). Saudi Prince Says Israelis Have Right to 'Their Own Land. URL <https://www.nytimes.com/2018/04/03/world/middleeast/saudi-arabia-mohammed-bin-salman-israel.html>
- 6 The New York Times Magazine (2020). URL <https://www.nytimes.com/2020/01/09/magazine/united-arab-emirates-mohammed-bin-zayed.html>  
Der Beitrag gibt eine aktuelle und hervorragend recherchierte Gesamtübersicht über die ambitionierte Regionalpolitik der Vereinigten Arabischen Emirate
- 7 The New York Times (2020). URL <https://www.nytimes.com/2020/01/03/world/middleeast/suleimani-dead.html>